

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonenzelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonenzelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Von der Tagung des Obersten Rates.

Paris, 8. August. Die Havas-Agentur berichtet offiziell über die erste Sitzung des Obersten Rates:

Die Sitzung war vollständig durch die Besprechung der obersten Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Vertreter. Darauf wurde jede Delegation aufgefordert, ein allgemeines Exposé der obersten Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses Fromageot legte den juristischen Standpunkt dar und zeigte, daß das Abstimmungsgebiet geteilt werden könne, und daß der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden müsse. Darauf gab Sir Cecil Hurd eine Darstellung des englischen Standpunktes, der auf die Unteilbarkeit des Industriegebietes und seine Ausdehnung nach Deutschland hinausläuft. Der französische Sachverständige Laroche gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt werden und zum größten Teile einschließlich Königsgräfte an Polen fallen müsse, wobei der Grenzverlauf sich merklich der Sorzalinie zu nähern habe. Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt vertreten.

Starker englisch-französischer Gegensatz.

Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Der offizielle Zeitung wird aus Paris gemeldet, daß der italienische Sachverständige nicht für einen bestimmten Vorschlag eintrat, sondern sich auf Bemerkungen zu den Darlegungen der andern Redner beschränkte. Es geht aber klar aus seinen Ausführungen hervor, daß der italienische Standpunkt sich mehr der englischen als der französischen Auffassung nähert, ohne indes die englische Auffassung in allen Punkten anzunehmen. Die Frage der Entsendung von Verstärkungen sei noch nicht berührt worden. In der Frage des Arbeitsprogramms habe also die englische Ansicht triumphiert. Der Berichterstatter erzählt noch, daß es schon in der gestrigen Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sei. Die französische Delegation hätte die englische Lösung als absolut unannehmbar bezeichnet. Die englische Lösung wolle angeblich 88 Prozent von Oberschlesien Deutschland und nur 12 Prozent den Polen zuweisen. Zu neuen Zusammenstößen zwischen französischer und englischer Auffassung sei es nach dem Vortrage des französischen Sachverständigen Laroche gekommen.

Es ist bei der Bewertung dieser Meldungen wohl zu beachten, daß sie lediglich an Hintertüren und auf Hintertreppen Erläuterliches wiedergeben — eine Gewähr für ihre Richtigkeit also nicht besteht.

Differenzen und Ausgleichsbemühungen.

London, 8. August. Wall Mall and Globe meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei. Zwischen der Ansicht der Engländer und derjenigen der Franzosen bestehe eine weite Kluft. Lloyd George erwarte nicht eine sofortige Lösung der obersten Frage. Er sei entschlossen, auf der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles nach West und Buchstaben durch Frankreich und alle andern Unterzeichner zu bestehen. Ein Mitglied der Regierung erklärte heute, augenblicklich erschienen die Standpunkte der britischen und der französischen Regierung unvereinbar miteinander. Wenn Briand nicht die Korrektheit des britischen Standpunktes anerkennen wolle, so müsse die bedauernde Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß Frankreich eine von ihm für notwendig gehaltene Aktion ohne Unterstützung der Alliierten unternahme. Lloyd George habe bereits auf die sehr große Verantwortung hingewiesen, die die französische Regierung durch eine solche Aktion übernehmen würde.

London, 9. August. (U.) Reuter teilt mit, daß alles getan wird, um während der heutigen Sitzung des Obersten Rates unglückliche Zwischenfälle wegen Oberschlesien zu vermeiden. Die englischen und französischen Kommissare handeln in jedem Falle in Uebereinstimmung, um dies zu erreichen.

Rom, 9. August. (U.) Die Tribuna, die früher stets den Standpunkt Sforzas vertreten hat, erklärt jetzt offiziell, daß England und Italien entschieden zu vermeiden versuchen, daß die Einheit des industriellen Gebiets Oberschlesiens zerrissen werde. Die Ausführungen der Tribuna stellen wohl die schärfste Formulierung des italienischen Standpunktes dar, die bis jetzt in dem offiziellen Blatte erschienen ist.

Der Bericht der Sachverständigen.

Paris, 8. August. Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Regelung der obersten Frage stellt nach dem Tempo fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt worden ist:

1. daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß man sich also nicht auf die im gesamten Abstimmungsgebiete von einer Partei erzielte Mehrheit berufen könne, um ihr Ober-

2. daß der Friedensvertrag vorsehe, daß bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werden müsse auf die Wünsche der Bevölkerung, die durch die Volksabstimmung zu Ausdruck gekommen sind, und auch auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortlichkeiten;

3. daß man sich bei der Grenzziehung von der gemeindeweisen Abstimmung leiten lassen müsse.

Die Sachverständigen haben nach dem Tempo verschiedene Vorschläge für die Grenzführung geprüft und sie schließlich auf zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische, herabgemindert. Der vom Grafen Sforza empfohlene Vergleich sei vom Sachverständigenausschuss nicht wieder aufgenommen worden. Die in Frage kommenden beiden Lösungen hätten keine Einstimmigkeit gefunden. Beide Pläne verlangten die Unteilbarkeit des Industriebezirks; die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zuschlagen, während die englisch-italienische es wenigstens zum größten Teile Deutschland zuschlagen wolle.

Zur Frage der Truppenverstärkung.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, wurden General de Marini und Sir Harold Stuart vom Obersten Rat beauftragt, diesem in seiner morgigen Sitzung einen Bericht über ihren Standpunkt über die Frage der Truppenverstärkungen vorzulegen.

Erfolgslose polnische Streikpropaganda in Oberschlesien.

Breslau, 9. August. (WZ.) Nachrichten über die Generalstreikbewegung, die in den letzten Tagen von polnischer Seite erneut betrieben worden ist, beschränken sich darauf, daß die polnische Agitation erfolglos geblieben ist. Mit einer Erhebung in den nächsten Tagen wird infolgedessen nicht mehr gerechnet.

Auch die Sinesische Telegraphen-Union, die sich in den letzten Tagen in der Verbreitung sensationeller Meldungen über den unmittelbar bevorstehenden neuen polnischen Putsch besonders hervortrat, muß heute zugestehen, daß die letzten, als besonders kritisch bezeichneten Tage überall ruhig verlaufen sind. Sie erklärt jetzt, der vierte polnische Aufstand sei anscheinend verschoben worden.

Die Reparationskommission verweigert die Erstellung der amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 7. August. Nach der Chicago Tribune hat die Reparationskommission beschlossen, an Amerika keinen Ersatz für seine Besatzungskosten in Deutschland zu leisten, da die Vereinigten Staaten den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hätten. Am Ersatz dieser Kosten, die sich gegenwärtig auf ungefähr 275 Millionen Dollar (also etwa 2 1/2 Milliarden Mark) belaufen, zu erlangen, müßten die Vereinigten Staaten mit Deutschland direkt verhandeln.

Paris, 7. August. Chicago Tribuna teilt mit, daß heute der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen am Rhein General Allen in Paris ankommen soll. Er werde Besprechungen mit dem Botschafter Harvey über die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen haben.

Die Rechtsparteien versichern der Entente ihre Dienstwilligkeit.

München, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Geheimrat Professor Dr. Philippson schreibt in der gestrigen Abendausgabe der Münchner Neuesten Nachrichten in einem Artikel „Frankreich und wir“ unter anderem: „Auch eine reine Rechtsregierung wird nicht daran denken können, der brutalen Gewalt, mit der man uns heute knechtet, Gewalt entgegenzusetzen. Das einzige, was wir in dem gegenwärtigen kritischen Moment fordern können, aber auch fordern müssen, ist die Rechtsforderung, daß wenigstens die Grenzen des juristischen Versailler Vertrages eingehalten werden. Auch jede Rechtsregierung würde sich auf diesen Standpunkt stellen müssen und würde dies tun.“

Die Rechtsparteien kündigen damit an, daß ihnen das Wasser bereits im Munde zusammenläuft nach den Regierungsposten. Sie wollen die oberste Frage dazu mißbrauchen, sich politisch wieder in den Sattel zu schwingen. Dazu brauchen sie die Genehmigung der Entente, und so versichern sie ihr schon jetzt beifallen, daß sie nicht daran denken, den Versailler Vertrag umzustoßen. Dieselben „nationalen“ Herrschaften, die nicht genug über die Schwäche der Regierung Wirth schmälen können, die sie gern als das „ausführende Organ des Feindes“ bezeichnen, erklären diesem selben Feinde, daß sie, wenn sie zur Regierung kämen, ebenso „dienstwillige“ Ausführungsorgane des Feindes sein werden. Woran wir keinen Augenblick zweifeln. Sie werden nur die Last der Reparation in vollem Umfange auf die Schultern der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Leute abwälzen, damit der heilige Besitz unangefastet bleibe.

Die steuerfeindlichen Agrarier rüsten zum Angriff.

Bekanntlich haben es die Krant- und Schlotjunfer in Deutschland von jeher ausgezeichnet verstanden, sich von der unangenehmen Bürgerpflicht des Steuerzahlens zu drücken und stets den Löwenanteil der Kosten für die Erhaltung und Verwaltung ihres Klassenstaates den breiten Massen des werktätigen Volkes aufzubürden. Der Blod der Steuerfeinden, von dem man in letzter Zeit mit Recht oft gesprochen hat, hat in Deutschland schon immer bestanden. Uneinigkeit gab es unter den Besitzenden in dieser Frage nur dann einmal, wenn es sich darum handelte, unvermeidlich gewordene Steuern auf den Besitz einzuführen. Dann entstand in der Regel ein Gerause unter den Steuerfeinden, weil jede Schicht auch jetzt wieder den eigenen Geldbeutel nach Möglichkeit schonen wollte und die Pflicht der Steuerzahlung der andern bestehenden Schicht zuzuschreiben suchte. Als Meister der Steuerdrückebergerei haben sich dabei stets die Agrarier erwiesen, die ja das ganze Deutsche Reich immer als ihre Domäne betrachtet haben. Für diese braven Patrioten war das geliebte Vaterland nur dazu da, den nimmermüden Agrariern immer neue Liebesgaben und Riesengewinne zuzuschlagen. Erfüllte der deutsche Staat diese ihm von den Krantjunfern zugewiesene Aufgabe nicht restlos, so piffen diese „Edelsten der Nation“ auf Volk und Vaterland und sogar auf Kaiser und Reich. Als einst die Wünsche der Agrarier nicht restlos befriedigt werden sollten, erklärten die Herren von und zu, „unter die Sozialdemokraten gehen“ zu wollen. Das konservative sächsische „Vaterland“ drohte damals sogar unter freudiger Zustimmung der Deutschen Tageszeitung, des Zentralorgans der Bauernbündler, daß unter dem Druck der zur Verzweiflung getriebenen Landbevölkerung „die Throne zusammenstürzen“ würden.

Daß sich dieser Geist der Agrarier auch nach der Revolution nicht gewandelt hat, haben die Vorgänge der letzten Wochen deutlich genug bewiesen. Auch jetzt noch sind die Agrarier bestrebt, sich das ganze deutsche Volk tributpflichtig zu machen, und dank der Naivität der Regierung und des Reichstages ist es ihnen ja auch gelungen, ihre Forderungen fast restlos durchzusetzen und sich ständig steigende Profite zu sichern. Auf der andern Seite zeigen sie sich auch heute noch als die Schamlosesten im Bunde der Steuerfeinden. Schon bei der Abfassung der bisher geschaffenen Besitzsteuergesetze haben sie sich weitgehende Privilegien gesichert. Und jetzt, wo es sich darum handelt, die Kosten zu zahlen für die verhängnisvolle Politik des alten Deutschland, die vorwiegend das Werk der Konservativen und der edligen Diplomaten war, sträuben sie sich mit Händen und Füßen dagegen, ihren Teil zu den Kosten beizutragen. Kaum wurden die Pläne bekannt, nach denen auch der Grundbesitz nach seinem realen Wert mit herangezogen werden sollte, so erhob sich ein Entrüstungssturm in den Reihen der so außerordentlich erfolgreichen agrarischen Kriegsgewinnler. Der Regierung Wirth wurde sofort der schärfste Kampf angefangen, und erst kürzlich rief der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Major a. D. Hennig in einer Versammlung größerer Grundbesitzer seinen Freunden zu: „Sollte sich eine Mehrheit finden, den Wirthschen Steuerplänen zuzustimmen, so fordere ich Sie schon heute auf, in den Steuerkreis zu treten.“ Daß das keine leere Drohung ist, ist jedem klar, der das preußisch-deutsche Junkertum nur einigermaßen kennt. Aber die agrarische Gesellschaft ist noch zu ganz andern Taten fähig, wenn es gilt, den drohenden Angriff auf ihren Geldbeutel abzuwehren. Diese wahren Patrioten sind sogar entschlossen, zur Erreichung dieses edlen Ziels eine neue Hungerblockade über das deutsche Volk zu verhängen. Der Reichslandbund trifft jetzt bereits alle Vorbereitungen, um den Städten die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, wenn man es wagen sollte, den Grundbesitz in der geplanten schärferen Weise zu den Steuern heranzuziehen. Das geht aus einem Rundschreiben des Reichslandbundes hervor, das die rechtssozialistische Magdeburger Volksstimme veröffentlicht. Das Schreiben lautet in seinem wesentlichen Teile:

Reichslandbund
Dir. W./Str. 2996/21.

Berlin, SW. 11, den 29. Juli 1921.

In die Hauptgeschäftsstelle des Reichslandbundes.
Die durch die fruchtlosen Versuche der Regierung, den Verpflichtungen aus dem unerfüllbaren Ultimatum nachzukommen, hervorgerufenen neuen Steuerpläne haben eine ganz außerordentliche Erregung in das Land getragen. Kundgebungen, Entschuldigungen, Eingaben, Presseerörterungen usw. in allen Landesteilen sind die natürlichen Folgen gewesen. Die Gefährlichkeit einzelner Pläne der Regierung hat aber zu der Erkenntnis geführt, daß diese Tätigkeit als Abwehr gegen die Regierungsabsichten nicht genügt. Die Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft (!) hat daher weite Kreise des Landvolkes veranlaßt, auch alle sonstigen Schritte zu erwägen, die geeignet sein könnten, die Regierung zur Aufgabe aller produktionszerstörenden Steuerpläne zu veranlassen.

Unter Berücksichtigung dieser Zustände ist u. a. der Brandenburgische Landbund zu der Erwägung des Lieferungsstreiks getom-